

Umweltschützer warnt vor geplantem Rückbau

Betreiberkonzern Vattenfall widerspricht einer angeblichen Gesundheitsgefahr

Vier Jahrzehnte nach der offiziellen Inbetriebnahme soll das Brunsbütteler Kraftwerk zurückgebaut werden. Umweltschützer Karsten Hinrichsen aus Brokdorf warnt vor einer möglicherweise größeren radioaktiven Belastung der Umwelt als während der Stromproduktion. Gegen Atomkraftwerke kämpft Karsten Hinrichsen seit Jahren. Jetzt kämpft der Wissenschaftler auch gegen den Rückbau des KKB. Das sei kein Widerspruch, sagt Hinrichsen. Der Grund für seinen Widerstand sei die Art, wie der Rückbau geplant ist: „Und hoffentlich so nicht genehmigt wird.“ Hinrichsen gehört zur Initiative Brokdorf-akut. „Der Umgang mit dem Material bereitet uns Sorgen“, erklärt er. „Wenn der Rückbau in Brunsbüttel so erfolgt, wie der Betreiber es beantragt hat, kann es zu einer höheren radioaktiven Belastung kommen als beim Normalbetrieb.“ Denn im Normalbetrieb habe das Kraftwerk die genehmigten Grenzwerte für radioaktiven Staub, für Edelgase und für Jod jedes Jahr praktisch nur zu einem tausendstel ausgeschöpft. Die Betreiber würden nun jedoch strahlendes Material „freimessen“, um es als ganz normalen Müll behandeln zu können. Unter dem Begriff „freimessen“ versteht man den messtechnischen Nachweis, dass bestimmte, beim Rückbau anfallende Rückstände wie beispielsweise Bauschutt oder Metallteile so wenig Radioaktivität aufweisen, dass sie nicht mehr überwacht werden müssen. Die Entscheidung, das Material aus der atomrechtlichen Überwachung zu entlassen, bezeichnet man als „Freigabe“.

Der Brunsbütteler Meiler habe ungefähr 300 000 Tonnen Masse. Rund 90 Prozent davon würden als unbelastet gelten. Das sind Gebäude, Fundamente oder Rohrleitungen, die weit genug vom Reaktor entfernt waren, um nicht von Radioaktivität verstrahlt zu werden. Übrig bleiben neben den Brennelementen und anderen stark kontaminierten Materialien, die dauerhaft verunreinigt und dadurch selbst strahlungsaktiv sind, noch 20 000 bis 30 000 Tonnen schwach radioaktive Abfälle. Die sollen „dekontaminiert“ werden: Das würde heißen, so Hinrichsen, dass die Oberfläche abgeschrubbt oder abgefräst, mit Zitronensäure abgespült oder mit einem Hochdruckreiniger beziehungsweise Sandstrahlgebläse gereinigt werde.

„Das ist Wahnsinn: Der Sand, der beim Sandstrahlen anfällt, um die Nuklide abzuraspeln, wird so seinerseits belastet und muss entsorgt werden.“ Hinrichsen stellt klar: „Wir wollen diese Art des Rückbaus nicht: Die 30 000 Tonnen sollten nicht auf Deponien gebracht oder recycelt werden sondern auf dem AKW-Gelände bleiben“, fordert Hinrichsen. „Warum können diese vergleichsweise lächerlichen Mengen nicht in dem ausgekernten Maschinenhaus oder dem Reaktorgebäude bleiben?“ „Schließlich gebe es auf dem Gelände schon das Zwischenlager mit den hoch radioaktiven Brennelementen. Der Betreiber Vattenfall widerspricht den Ausführungen Hinrichsens und verweist auf eine Aussage des Umweltministeriums von Baden-Württemberg: Die Behörde habe im vergangenen Herbst das Freimessungskonzept umfassend untersucht. Man habe detailliert berechnen lassen, ob von abgelagerten freigemessenen Abfällen bei der Nachnutzung einer stillgelegten Deponie eine



Karsten Hinrichsen kritisiert die bisherige Planung zum Rückbau.
Foto: Rehder

zusätzliche Gesundheitsgefahr ausgehe. Das Umweltministerium sei zu dem Schluss gekommen, dass von einer solchen Deponie keine Gefahr drohe, weder für Erwachsene noch für Kleinstkinder, weder bei einer landwirtschaftlichen Nachnutzung noch bei einer Überbauung mit Straßen oder einer Freizeitanlage. „Die Ärztekammer von Baden-Württemberg kommt übrigens zu dem selben Ergebnis“, sagt Sandra Kühberger, Pressesprecherin von Vattenfall. Die Kernkraftwerke stehen zu lassen hieße, so die Sprecherin, heute leichtfertig auf die Erfahrungen des qualifizierten Fachpersonals, das die Anlage kennt, zu verzichten. Das wäre dem Ausstieg aus der Kernenergie nicht dienlich. „Außerdem sollten wir das Thema Kernkraft in dieser Generation beenden und es nicht den künftigen Generationen überlassen“, sagt Sandra Kühberger.